

19. Wahlperiode

## **Antrag**

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke

### **Sofortigen Winterabschiebestopp anordnen!**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, gemäß § 60a Absatz 1 Aufenthaltsgesetz aus humanitären Gründen einen Winterabschiebestopp anzuordnen, beginnend am 1. Dezember 2024 und gültig bis mindestens Ende März 2025.

### ***Begründung***

Viele schutzbedürftige Menschen in Berlin sind im Winter akut von Abschiebungen und somit von Obdachlosigkeit und lebensbedrohlicher Kälte betroffen. Denn in ihren Herkunftsländern sind sie bei winterlichen Witterungsbedingungen oft mit verwehrem Zugang zu Wohnraum, Schulbildung, Arbeitsmarkt und Krankenversorgung konfrontiert. Dies stellt eine unzumutbare Härte dar. Der Senat hat in seinem Koalitionsvertrag die Vereinbarung der vorangegangenen rot-grün-roten Landesregierung übernommen und festgehalten, dass „im Winter [...] auf Abschiebungen verzichtet werden [soll], wenn Witterungsverhältnisse dies humanitär gebieten.“

Die Diskriminierung insbesondere der Rom\*nja, Ashkali, Ägypter\*innen und Goran\*innen in den Westbalkanstaaten hat zur Folge, dass die Betroffenen in kaum beheizbaren Behelfsunterkünften leben müssen oder der Obdachlosigkeit ausgesetzt sind. In den Wintermonaten verschärft sich die Lebenssituation schutzbedürftiger Minderheiten dramatisch. Die Energiekrise in der Republik Moldau trifft insbesondere ärmere Bevölkerungsschichten, zu denen vor allem Minderheiten gehören, am stärksten und wird im Winter zu einer existenziellen Bedrohung. Wenn Straftaten von Geflüchteten begangen wurden, sollten diese genauso wie alle anderen Berliner\*innen ein rechtsstaatliches Strafverfahren erhalten, aber nicht über aufenthaltsbeendende Maßnahmen sanktioniert

werden, zumal auch bei Abschiebeverboten nach § 60 Aufenthaltsgesetz nur bei einer schweren Gefahr für die Sicherheit Deutschlands Ausnahmen vorgesehen sind.

Berlin, den 12. November 2024

Jarasch      Graf      Omar  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion  
Bündnis 90/Die Grünen

Helm      Schulze      Koçak  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion  
Die Linke